

REGION

IN KÜRZE

Ermittlungen abgeschlossen

Ravensburg (lsw). Die Ermittlungen gegen den mutmaßlichen Erpresser, der im vergangenen September vergiftete Babynahrung in Supermärkten platziert haben soll, sind abgeschlossen. Zur Anklage vor dem Landgericht Ravensburg könne die Staatsanwaltschaft »nach einigen letzten Abklärungen voraussichtlich in der kommenden Woche eine Mitteilung veröffentlichen«, sagte eine Sprecherin der Behörde gestern.

Baumstämme überrollen Mann

Schorndorf (lsw). Ein Waldarbeiter ist in Schorndorf (Rems-Murr-Kreis) von Baumstämmen überrollt und schwer verletzt worden. Wie die Polizei gestern mitteilte, hatte der 33-Jährige am Mittwoch an den Stämmen gearbeitet, als sie sich aus zunächst ungeklärter Ursache in Bewegung setzten. Der 33-Jährige habe danach so laut geschrien, dass eine 16-Jährige ihn noch aus mehreren hundert Metern hören konnte. Die Jugendliche suchte den Mann und rief den Notruf. Die Feuerwehr befreite den Arbeiter und brachte ihn in ein Krankenhaus.

Oettinger verteidigt Kretschmann-Feier



Stuttgart (lsw). EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger (CDU) hält die öffentlich finanzierten Veranstaltungen zum 70. Geburtstag von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) für gerechtfertigt. Der Regierungschef habe es verdient, dass er eine öffentliche Würdigung bekomme und man dabei über die Lage Baden-Württembergs, Kretschmanns Lebensweg und sein Lebenswerk spreche, sagte Oettinger, der früher selbst Ministerpräsident in Baden-Württemberg war. Es gehe nicht um Kaviar und Champagner, sondern darum, dass man mit langjährigen Weggefährten von Kretschmann und vielen Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur zwei Stunden lang feiere. Das sei ein sehr vertretbarer Akt.

Wer beschoss Mann mit Luftgewehr?

Erlenbach (lsw). Ein Mann ist in Erlenbach (Kreis Heilbronn) auf seiner Terrasse mit einem Luftgewehr beschossen worden. Wie die Polizei gestern mitteilte, hatte der 46-Jährige am Montag auf seiner Terrasse gesessen, um sich auszuruhen, als er etwas am Hemdkragen spürte. Als der Mann nachschah, fand er ein Projektil eines Luftgewehrs auf dem Boden. Woher der Schuss kam und wer ihn abgegeben hat, war zunächst unklar. Der 46-Jährige blieb unverletzt.

Trauermarsch für Notruf-Opfer

Hilferuf einer Frau war in Straßburg nicht ernst genommen worden / Staatsanwalt ermittelt / Forderungen nach Reformen

Kaum ein Thema wird in Frankreich derzeit so intensiv diskutiert wie der tragische Tod von Naomi Musenga. Die junge Elsässerin war Ende vergangenen Jahres verstorben, nachdem ihr zuvor bei einer Notruf-Hotline nicht geholfen worden war. Tausend Menschen beteiligten sich diese Woche an einem Trauermarsch.

VON ROBERT SCHMIDT

Straßburg. »Helfen Sie mir.« – »Was ist denn los?« – »Helfen Sie mir.« – »Wenn Sie mir nicht sagen, was los ist, lege ich auf.« – »Mir geht es wirklich schlecht.« – »Dann rufen Sie einen Arzt.« – »Ich kann nicht.« – »Sie können nicht? Sie können die 112 anrufen, aber nicht ...« – »Ich sterbe.« – »Sicher werden Sie sterben, so wie wir alle einmal sterben werden.« Bei diesen Worten läuft es einem eiskalt den Rücken herunter. Nur wenige Stunden nach diesem Notruf war die Frau tot. Die kleine elsässische Wochenzeitung »Heb'di« hatte vor kurzem den Mitschnitt des Gesprächs veröffentlicht und erstmals über den Fall Naomi Musenga aus der Straßburger Vorstadt Illkirch berichtet, der seit Tagen ganz Frankreich beschäftigt. Die 22 Jahre alte Studentin hatte Ende vergangenen Jahres den Notruf getätigt und war noch in derselben



Am Rande der Demonstration für das Notruf-Opfer wurden T-Shirts mit Naomis Konterfei verkauft. Die Erlöse sollen der Familie zugutekommen.

Foto: Robert Schmidt

Nacht verstorben, woran genau, ist noch immer ungeklärt. Am Mittwoch gab es Trauermärsche in mehreren französischen Städten, darunter auch Paris und Straßburg.

Später verstorben

Rund eintausend Menschen hatten sich auf dem Straßburger Kleberplatz versammelt. Manche von ihnen tragen weiße T-Shirts mit dem Konterfei Naomis, das zu diesem Anlass

von Angehörigen der Familie verkauft wurde. Eine Frau ganz in Weiß hält einige weiße Rosen in der Hand. Ein Mann trägt vor und hinter sich zwei Pappschilde, die auf einen anderen möglichen Fall aufmerksam machen. Seine schizophrene Frau Valérie sei im vergangenen Jahr ebenfalls gestorben, behauptet er. Er habe an ihrer Stelle den Notruf gewählt. Wenige Stunden später sei sie verstorben.

Die Menschen wenden sich dem Podium zu. Es gibt viele Reden an diesem Tag. Lokalpolitiker sprechen ihre Anteilnahme aus, Pastoren mahnen, trotz aller Wut, die Nächstenliebe nicht zu vergessen. Am meisten Applaus erhält die bewegende Rede von Naomis Mutter. Die Frau, die ebenfalls das weiße T-Shirt mit dem Gesicht ihrer Tochter trägt, spricht von einer schweren Zeit: »Seht meine Schmerzen, mein Leid.« Die

Mutter dankt den Menschen, die ihr noch immer die Hand hielten: »Ihr seid unser Sprachrohr.« Ihre Tochter sei ein »gutes Mädchen mit Ambitionen« gewesen. »Sie war keine Nummer in einer Leichenhalle, sie war ein Mensch.« Wenig später zieht die Menschenmasse schweigend durch die Straßburger Innenstadt, unterbrochen lediglich durch immer wieder aufflammende Sprechchöre »Gerechtigkeit für Naomi«.

Vorschläge erarbeitet

»Ich bin hier als Garant, dass wir aus diesem Fall Konsequenzen ziehen«, sagt der Straßburger En-Marche-Abgeordnete Thierry Michels der MITTELBADISCHEN PRESSE am Rande der Veranstaltung. Tatsächlich hatte Gesundheitsministerin Agnès Buzyn Anfang der Woche Reformvorschläge für die Notfall-Medizin angekündigt. Seit einigen Tagen ermittelt auch die Straßburger Staatsanwaltschaft zudem gegen Unbekannt, wie diese auf Anfrage bestätigt. Die kleine elsässische Wochenzeitung »Heb'di«, die den Skandal aufgedeckt hatte, begegnet dem Wirbel derweil mit gemischten Gefühlen: »Die Redaktion von »Heb'di« ist traurig. Erst nachdem wir auf den tragischen Tod einer jungen Straßburgerin hingewiesen haben, interessierte sich (fast) die ganze französische Presse für uns.« Ironie der Geschichte: Die kleine Zeitung kämpft derzeit um ihr Überleben.

Kampf um moderne Krebstherapie

Förderverein unterstützt Freiburger Klinikprojekt

Die Chancen des Freiburger Uni-Klinikums, die Krebsbehandlung mit der Protonentherapie zu verbessern, haben sich leicht erhöht. Dank der Großen Koalition in Berlin besteht die Möglichkeit, an Fördergelder heranzukommen und so die Projektkosten zu senken. Doch noch gibt es kein grünes Licht vom Aufsichtsrat der Klinik und der Landesverwaltung.

VON CHRISTOPH RIGLING

Offenburg. Die Abteilung Strahlenheilkunde an der Universitätsklinik will die sogenannte Protonentherapie in Freiburg etablieren, weil die Strahlenbelastung und Nebenwirkungen nach Ansicht der leitenden Ärzte geringer ausfallen als bei üblichen Therapien. Das Problem bei der Therapie sind die Anschaffungskosten für das Gerät.

Günstiges Leasing

Die Investitionssumme beträgt bei herkömmlicher Technik zwischen 200 und 250 Millionen Euro. Mittlerweile gibt es jedoch auch kleinere, kompaktere Anlagen. Die Direktorin der Abteilung für Strahlenheilkunde, Dr. Anca-L. Grosu, hatte bereits im vergangenen Mai einen Leasing-Plan zur Finanzierung eines Gerätes im Wert von 30 Millionen Euro ausgearbeitet. Unterstützt wird sie bei der Realisierung des Projekts vom Förderverein krebskranke Kinder e.V. Freiburg (wir berichteten).

»Obwohl das Projekt nach Aussagen seriöser Untersuchungen von PricewaterhouseCoopers über ein Leasingmo-

dell rentabel betrieben werden könnte, blockt bisher die Finanz- und Bauverwaltung des Landes ab«, berichtete Bernd Rendler, Vorstandsmitglied des Fördervereins, der MITTELBADISCHEN PRESSE. Für den Förderverein sei die Blockadehaltung nicht nachvollziehbar.

Forschungsgelder

»Der renommierten Freiburger Strahlenklinik wird somit die Möglichkeit verbaut, von den im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung vorgesehenen Forschungsgeldern zu profitieren«, sagte Rendler. Bei dieser Ausschreibung können sich nur Krebszentren bewerben, die über eine Protonenanlage verfügen. Der Bund stellt insgesamt eine Milliarde Euro für die Krebsforschung zur Verfügung. »Freiburg läuft also Gefahr, trotz hoher Kompetenz in Zukunft von der internationalen Spitzenmedizin abgehängt zu werden«, betonte Rendler, der in Oberkirch lebt.

Im Juni tagt nun der Aufsichtsrat der Universitätsklinik. Der Leitende Ärztliche Direktor der Uni-Klinik, Jörg Rüdiger Siewer, will nach Rendlers Worten in der Sitzung für das Projekt werben. »Hochleistungsmedizin muss auch weiterhin in Südbaden garantiert werden«, forderte Rendler. Die Protonentherapieanlage sei eine Voraussetzung für eine zeitgemäße Krebsbehandlung. Diese Therapieform garantiere gesteigerte Effektivität und minimiere die Folgeschäden signifikant. Schon jetzt können viele krebskranke Kinder in Freiburg nicht mehr bestrahlt werden und werden deshalb nach Heidelberg geschickt. Rendler: »Das ist unzumutbar für Familien.«

Anzeige